©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

FRIEDRICH BAERWALD

ZUR POLITISCHEN TÄTIGKEIT DEUTSCHER EMIGRANTEN IM COUNCIL FOR A DEMOCRATIC GERMANY

Um die hier abgedruckten Dokumente zu erklären, muß zunächst der Council for a Democratic Germany und seine politische Umwelt 1944/45 geschildert werden. Im Gegensatz zu dem schon vorliegenden Bericht von Paetel[1] handelt es sich um einen Teilnehmerbericht. Der Verfasser gehörte in den Jahren 1944/45 dem engeren Kreis des Council an und leitete ihn im Sommer 1945 als Vertreter des Vorsitzenden, dem in den Vereinigten Staaten und in Europa sehr bekannten protestantischen Theologen Paul Tillich.

Präsident Roosevelt war darauf bedacht, die Fehler zu vermeiden, die Präsident Woodrow Wilson während und nach dem Ersten Weltkrieg in der amerikanischen Innenpolitik begangen hatte. So bildete er eine Koalitionsregierung, der solch prominente Republikaner wie Stimson, der schon unter Hoover Kriegsminister gewesen war, angehörten[2]. Vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 6. Dezember 1941 war das amerikanische Volk in seiner Einstellung tief gespalten. Im Wahlkampf 1940, seinem dritten, hatte Roosevelt, wie 1964 in einer ähnlichen Situation Präsident Johnson, versprochen, keine „amerikanischen Boys" auf Kriegsschauplätze zu schikken. Er wollte vor allen Dingen England nur durch Waffenlieferungen aufgrund der „Pacht- und Leihverträge" unterstützen. Nachdem Amerika in den Krieg eingetreten war, gelang es schließlich Roosevelt, einen Hauptvertreter der „Isolationisten", den angesehenen Senator Vandenberg aus Michigan, von der Richtigkeit seiner internationalen Politik zu überzeugen und ihn für die Befürwortung des Eintritts der Vereinigten Staaten in einen neuen Völkerbund, jetzt Vereinte Nationen genannt, zu gewinnen.

Um diese Politik der Nationalen Einheit hieb- und stichfest zu machen, wurde ein Feindbild gemalt, in dem das NS-System gleichsam als die logische Kulmination der preußisch-deutschen Geschichte erschien, als, in grober Vereinfachung und mit wesentlichen Weglassungen, ein Ausfluß lange erkennbarer kollektiver Charaktereigen-

---

[1] Über diesen Council hat schon K. O. Paetel in den VfZ berichtet: 4 (1956), S. 286ff. Paetel gehörte nur dem Förderkreis deutscher politischer Emigranten an, nahm aber an den Sitzungen des Council nicht teil. Seine damalige Beurteilung des Wertes des Council muß deshalb als Außenseitermeinung gewertet werden.

[2] Von daher kannte wohl auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning Stimson. Brüning war mit ihm in Verbindung. Aber man darf den Einfluß Stimsons in der Rooseveltschen Regierung nicht überschätzen. Dem Council gehörte Brüning nicht an, obwohl er nach seinem früheren Amt der prominenteste politische Emigrant in den USA war. Bei einer Besprechung, die der Verfasser mit Dr. George Shuster, Präsident des Hunter College in New York, hatte, wurde das Beiseitestehen Brünings auch mit Rücksicht auf seine noch in Münster lebende Schwester gerechtfertigt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaften des deutschen Volkes. Zu diesem Feindbild gehörte auch die Behauptung, daß es weder in Deutschland selbst noch außerhalb eine wirksame deutsche Opposition gegen Hitler gebe. Daran änderten auch die Ereignisse des 20. Juli 1944 nichts. Gleichzeitig mit diesem verzeichneten Feindbild wurde ein ebenso falsches Freundbild der UdSSR propagiert. Daß dies nur zum Zwecke der psychologischen Kriegführung geschah, erwies sich dann bald nach dem Zweiten Weltkrieg.

Daß verfolgte Juden sich gegen Hitler wandten, wurde als selbstverständlich hingenommen, aber als politisch irrelevant behandelt. Andere deutsche Oppositionelle wurden in den amerikanischen Denkregelungen der Kriegszeit entweder den Kommunisten zugeordnet oder als deutsche Nationalisten abgewertet. Es gab damals den Begriff der verfrühten Opposition zum Faschismus (premature opposition to fascism). Eine solche Haltung galt als Ausschließungsgrund für die Beschäftigung in Behörden der künftigen Besatzungsmacht. Allerdings waren Angehörige der amerikanischen Streitkräfte von diesem Ausscbließungsgrund nicht betroffen.

Schon am 2. Dezember 1942 sagte auch der englische Außenminister Anthony Eden im Unterhaus, daß es „reiner Wahnsinn wäre, mit einer Nicht-Naziregierung zu verhandeln und sich sozusagen dem Glück anzuvertrauen". Auf der Casablanca-Konferenz (14.–21. Januar 1943) fand diese politische Einstellung ihren Ausdruck in der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. Hierbei muß man berücksichtigen, daß die Amerikaner nur wiederholten, was sie 1865 bei Beendigung ihres Bürgerkrieges im eigenen Lande gegenüber den „Rebellen" praktiziert hatten.

Mit wenigen Ausnahmen folgte die amerikanische Publizistik während des Zweiten Weltkrieges diesen politischen Kurzzielen der amerikanischen Regierung. Im April 1943 veröffentlichte der amerikanische Journalist Kingsbury Smith im „American Mercury" einen ausführlichen Bericht über die Nachkriegspläne amerikanischer Behörden für Deutschland. Danach sollten Amerikaner nicht allein eine Militärverwaltung einrichten, sondern auch zivile Funktionen übernehmen, selbst wenn dies zum Auseinanderbrechen des Landes führen würde[3]. Die Weigerung der Alliierten, mit deutschen Gegnern des Nationalsozialismus, gleich welcher Richtung, irgend etwas zu tun zu haben, entsprang den allgemeinen Richtlinien der amerikanischen Kriegspolitik. Der von Karin Schäfer-Kretzler[4] benutzte Ausdruck, der Council for a Democratic Germany sei „von amerikanischen Stellen nicht ernst genommen" worden, ist keine Anklage gegen diesen Council, sondern nur ein Ausfluß der amerikanischen Politik jener Zeit.

Die Ereignisse nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht zeigten bald, daß

[3] Nach F. Baerwald, Peace and Politics, in: Fordham University Quarterly, Juni 1943. Englischer Wortlaut der Ausführungen Edens: „It would be sheer folly to let some non-Nazi German Government be set-up and then so to speak trust to luck." Selbstverständlich traf dies auch auf den Kreisauer Kreis zu. Gegen die SPD bestanden in den USA während des Krieges noch Bedenken wegen ihres angeblichen marxistischen Ursprungs.

[4] Paul Tillich, Ergänzungs- und Nachlaßbände zu den Gesammelten Werken von Paul Tillich, Bd. III, An meine deutschen Freunde. Die politischen Reden Paul Tillichs während des Zweiten Weltkrieges über die „Stimme Amerikas", Evangelisches Verlagswerk 1973.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die schon 1942 und 1943 ausgearbeitete Besatzungspolitik zunächst fast genauso durchgeführt wurde, wie sie damals angekündigt gewesen war. Schon vor Ende der Feindseligkeiten war im April 1945 eine Anordnung des amerikanischen Oberkommandos, der „Joint Chiefs of Staff (JCS)", ergangen, in der festgelegt wurde, daß die Deutschen als Besiegte zu behandeln seien und daß es den Soldaten verboten werde, sich mit Deutschen zu „verbrüdern" (non-fraternisation policy), während die Österreicher als befreite Nation gelten sollten. Die Politik, keine Regierung der ehemaligen deutschen Feindmacht zu dulden, wurde weder auf Japan noch auf Italien oder Österreich[5] angewandt.

Am 25. Mai 1945 hatte der Verfasser eine Unterredung mit Mr. J. W. Riddleberger, damals Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im State Department. Im Verlaufe der Unterredung wurde kritisch bemerkt, daß die Vereinigten Staaten sich anscheinend nur darum bemühten, im Westen Deutschlands für die Ausschaltung kommunistischer Einflüsse zu sorgen. Riddleberger erklärte hierauf, daß „ganz Deutschland für die USA zu groß" sei und daß daher eine Verantwortlichkeit nur für die westlichen Gebiete übernommen werde. Dies also erhebliche Zeit vor den Potsdamer Entscheidungen.

Im Mai 1944 trat nach langen Vorbesprechungen der Council an die Öffentlichkeit. Seine erste Erklärung wurde von zwei verschiedenen Gruppen unterschrieben: von den aktiven Mitgliedern, zu denen der Berichterstatter zählte, und von anderen Emigranten, die, ohne Mitglieder zu sein, ihre Zustimmung zu den Zielen des Council kundgaben. Hierzu gehörten auch K. O. Paetel, Bert Brecht, Ernst Bloch und viele andere. Im Vorwort zum Ergänzungsband III der gesammelten Werke von Paul Tillich schreibt Karin Schäfer-Kretzler[6]: „Eine halbwegs handlungsfähige, geschweige denn einheitliche Institution wurde der Council nicht. Von amerikanischen Stellen nicht ernst genommen, zerbrach der Council nach der Krim-Konferenz." Dies ist objektiv falsch. Der Council bestand bis zum Herbst 1945, wie aus den hier vorgelegten Dokumenten klar hervorgeht. Er hörte dann auf zu bestehen, als Kommunisten und „parteilose" Mitglieder eine öffentliche Kritik an den Potsdamer Beschlüssen durch den Council verhinderten. Der Ausdruck „einheitliche Institution" ist irreführend. Der Council war eine Koalition, keine Volksfront. Vor Potsdam waren die Kommunisten und „Parteilosen" erstaunlich kompromißbereit in der Ausarbeitung zahlreicher Entwürfe für den Wiederaufbau des deutschen Staates, insbesondere der deutschen Wirtschaft und des Erziehungswesens, um nur diese Ziele zu erwähnen.

Der Herausgeberin der Tillich-Reden fiel anscheinend auch nicht auf, daß die letzte Funkansprache Tillichs am 9. Mai 1944 gehalten wurde, also noch vor der Invasion der Alliierten in Frankreich. Im Mai 1944 aber trat der Council mit seiner ersten Erklärung an die Öffentlichkeit. Weitere Nachforschungen wären angezeigt, ob die

---

[5] Im Gegensatz zu den Deutschen, die sich auch im Ausland nicht einigen konnten, gelang es den Österreichern, den Amerikanern einzureden, daß sie im Gegensatz zu „Preußen-Deutschland" immer „demokratisch" gewesen seien.

[6] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beendigung der Rundfunktätigkeit Tillichs, wodurch er an der psychologischen Kriegführung der Alliierten teilnahm, und der Beginn der öffentlichen Tätigkeit des Council in einem Zusammenhang standen.

Tillich selbst hat sich später nur noch wenig über seine führende Tätigkeit im Council ausgelassen. Er blieb in den Vereinigten Staaten und besuchte von dort aus mehrmals die Bundesrepublik. Wohl im Hinblick auf den radikalen Stimmungswechsel gegenüber der Sowjetunion, der schon in den 40er Jahren einsetzte, hat Tillich später seine Rolle heruntergespielt. In einem biographischen Abriß hat er sich folgendermaßen geäußert[7]: „Ein dritter Kontakt mit der alten Welt erwuchs mir durch meine Verbindung mit dem Council for a Democratic Germany. Lange bevor die Ost-West-Spaltung zur weltbewegenden Wirklichkeit geworden war, war sie mit ihren tragischen Folgen schon spürbar."

Dabei hatte er in zwei langen Briefen[8] an den Verfasser im Spätsommer 1945 erklärt, daß ein Protest gegen die Potsdamer Beschlüsse durch den Council notwendig sei. Er entwarf auch eine entsprechende Entschließung[9]. Die Kommunisten verzögerten und verhinderten schließlich die Veröffentlichung einer Kritik der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 durch den Council. Der Verfasser erklärte darauf seinen Austritt. Andere erklärten sich damit solidarisch. Der Council hörte auf zu bestehen.

Neben dem Council, der aus deutschen politischen Emigranten bestand, gab es noch die American Association for a Democratic Germany. In ihr waren gebürtige Amerikaner vereinigt. Unter ihnen befanden sich bekannte amerikanische Theologen wie Reinhold Niebuhr, die damals prominente Journalistin Dorothy Thompson und viele andere. Die Sekretärin dieser Organisation war die Amerikanerin Enne Caples. Ihr Mann, der auch von Paetel erwähnte Paul Hagen, war Leiter der Forschungsstelle dieser Association, eine Tochter aus erster Ehe Hagens, Vera Franke, wurde als Assistentin aufgeführt.

Die „Association" nutzte die Methoden der amerikanischen Öffentlichkeitsarbeit voll aus. Sie veranstaltete Essen, nach denen bekannte Redner sprachen. Durch diese Methode wurde die Finanzierung der laufenden Arbeiten gewährleistet. Diese amerikanische Vereinigung bestand noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg weiter. Vor ihr sprach beispielsweise der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Sekretärin des Council war Frau Elisabeth Hopmann, die schon in den 20er Jahren mit Berthold Brecht zusammengearbeitet hat.

Die Äußerungen von Tillich, Paetel und Karin Schäfer-Kretzler sind retrospektiv. Es ist nicht auszuschließen, daß hierbei auch die Stimmung des Kalten Krieges sich auswirkte, in der jede Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Vergangenheit als äußerst bedenklich angesehen wurde.

Der Council faßte sich zu keinem Zeitpunkt als Exilregierung auf. Dies wurde schon in seiner ersten Erklärung im Mai 1944 klar zum Ausdruck gebracht. Der

[7] Paul Tillich, Begegnungen, Gesammelte Werke Bd. XII, Stuttgart 1971.
[8] Siehe Dokumente I und II. [9] Siehe Dokument III.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verfasser dieses Berichtes wurde damals gebeten, bei einer Pressekonferenz im New Yorker Hotel Roosevelt als Sprecher des Council zu wirken. Einer der Journalisten fragte, ob diese Gruppe eine Exilregierung sei. Dies wurde ausdrücklich verneint.

Der Council umfaßte Mitglieder, die etwa von der ehemaligen Deutschen Volkspartei, der zum Beispiel der von Tillich erwähnte Dr. Hausmann angehört hatte, über Sozialdemokraten bis zu Kommunisten und ihren „parteilosen Mitläufern" reichten. Unter den Kommunisten befand sich Albert Norden, der später in der DDR in die Führungsgremien aufstieg. Der Sprecher der Kommunisten im Council war jedoch Albert H. Schreiner (1918 „Kriegsminister" in Württemberg). Daß Gerhard Eisler, ebenfalls später in der DDR weithin sichtbar tätig, der Vorgesetzte dieser im Council aktiven Kommunisten war, blieb nicht unbekannt. Als offizieller Chef der Kommunisten im Westen fungierte Paul Merker[10], der von Mexiko aus operierte. Links von der SPD stand auch Jakob Walcher, der die Splittergruppe „Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP) vertrat. Etwa in dieser Richtung war ferner Paul Hagen angesiedelt, der eigentlich Karl Frank hieß. Gelegentlich erwähnte er die Gruppe „Neu Beginnen". Unter den SPD-Mitgliedern des Council befanden sich bekannte ehemalige Reichstagsabgeordnete, die auch im März 1933 gewählt worden waren, z. B. S. Aufhäuser und Paul Hertz. Beide kehrten nach Deutschland zurück, wo Paul Hertz als Finanzsenator in West-Berlin wirkte und Aufhäuser in der Angestelltengewerkschaft. Zwei evangelische Pastoren, Forell und Müller, waren ebenfalls Mitglieder des Council.

Der Verfasser galt als Hauptvertreter der Katholiken. Er war einige Jahre im Rahmen der Deutschen Zentrumspartei tätig gewesen. 1925 kam er nach Berlin, und zwar als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Mitgliedes des Deutschen Reichstages Prof. Dr. Friedrich Dessauer. Bald nach seinem Assessorenexamen im Januar 1926 trat er in das Arbeitsministerium ein. Schon 1924 hatte er aber eine zunächst freie Mitarbeitertätigkeit bei der Rhein-Mainischen Volkszeitung in Frankfurt begonnen, die er später in Dortmund bei der Tremonia fortsetzte. Die Bekanntschaft mit Tillich kam im Jahre 1937 zustande. Anfang 1944 bat Tillich den Verfasser zu einer Besprechung, die in Tillichs Dienstzimmer am Oberen Broadway in New York stattfand. Er fragte, ob der Verfasser geneigt sei, einem zu gründenden Council for a Democratic Germany beizutreten, obwohl auch einige Kommunisten Mitglieder werden sollten.

Der Verfasser sagte zu, weil damals das von Moskau vorgeschobene „Nationalkomitee Freies Deutschland" viel von sich reden machte und in der amerikanischen Öffentlichkeit beachtet wurde. Meiner Ansicht nach galt es, diesem Komitee im Westen etwas entgegenzustellen. Hierzu war auch die Anwesenheit einiger Kommunisten in dem zu errichtenden Council notwendig. Dies schien dem Verfasser auch deshalb erforderlich, um festzustellen, welche Pläne die Kommunisten für ein Deutschland nach dem sichtbar herannahenden Ende des NS-Regimes hatten.

Heute würde man sagen, daß der Council eine Alternative darstellen sollte. Hierbei spielte die Nichtanerkennung der angeblich nicht existierenden deutschen Oppositionskräfte eine erhebliche Rolle. Es sollte gezeigt werden, daß es sowohl in Deutsch-

[10] Siehe Wolfgang Kiessling, Alemania Libre in Mexiko, Berlin 1975.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land wie außerhalb seiner Grenzen Deutsche gab, die eine demokratische Wiedergeburt einleiten konnten. Kommunisten waren ja zunächst auch in den Regierungen von De Gaulle und De Gasperi vertreten. Die Auflösung des Council ging dem Ausscheiden der Kommunisten aus westeuropäischen Regierungen weit voraus. Aber schon im April 1945 veröffentlichte der Council ein Notstandsprogramm für Deutschland und versuchte damit zu beweisen, daß ein solches auf breiter politischer Grundlage erarbeitet worden war[11].

Am 20. September 1945 fand eine Vollsitzung des Council statt, nachdem Tillich von seinem Sommeraufenthalt zurückgekehrt war. Entgegen der sonstigen Praxis las der Verfasser auf dieser Sitzung eine von ihm vorher ausgearbeitete kritische Erklärung vor[12], um einen dokumentarischen Beweis dafür zu haben, was er bei dieser Gelegenheit tatsächlich gesagt hatte. Es zeigte sich aber, daß eine gemeinsame kritische Erklärung des Council nicht mehr zustande kommen würde. Eine letzte Sitzung fand am 15. Oktober 1945 statt. Die Kommunisten und ihre „parteilosen" Mitläufer verharrten auf ihrem negativen Standpunkt.

Hermann Budzislawski, der einige Zeit hindurch die Zeitschrift „Neue Weltbühne" herausgegeben hat, äußerte, daß für Leute mit meiner Einstellung kein Platz im neuen Deutschland sei (er selbst wurde später Professor für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig). Dies wäre gelassen hinzunehmen gewesen. Aber auch Tillich erwähnte gar nicht mehr die noch in seinem Entschließungsentwurf[13] enthaltene Verurteilung der Potsdamer Beschlüsse. Es war dem Verfasser sofort klar, daß der Council nun in eine von Kommunisten beherrschte „antifaschistische" Gruppe verwandelt werden sollte. Daß er so etwas nicht mitmachen könne, war für den Verfasser selbstverständlich. Er erklärte seinen Austritt mündlich und bestätigte dies am nächsten Tag schriftlich.

Die Nachkriegsgeschichte ist den Weichenstellungen über Deutschlands Ostgrenzen, die schon im Jahre 1944 bekanntgeworden waren, gefolgt. Bereits im August 1944 hatte Stalin einer polnischen Abordnung, die gegen die Überlassung der östlichen Teile Polens an die Sowjetunion protestierte, gesagt, daß Polen als Ersatz Breslau und Stettin erhalten werde. Dies war in der „New York Times" im August 1944 mit vielen Einzelheiten berichtet worden[14].

Die im Council angedeutete Alternative zu all dem ist niemals zum Zuge gekommen.

---

[11] Veröffentlicht in: Bulletin of the Council for a Democratic Germany, Vol. I, Nr. 5, New York.

[12] Siehe Dokument Nr. IV, das einen Auszug aus dieser Rede bringt.

[13] Siehe Dokument Nr. III.

[14] Am 21. August 1945 schrieb der Verf. an den kommunistischen Sprecher Schreiner: „Genau vor einem Jahr habe ich dringend gebeten, gegen die Ostgrenze, wie sie jetzt provisorisch festgestellt ist, öffentlich Bedenken zu erheben. Ich bin damals damit nicht durchgedrungen, weil von Ihrer Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß die damals in allen Einzelheiten geschilderte Grenzlinie lediglich das Produkt politischer Giftmischer sei, die Uneinigkeit zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion stiften wollten." Schon im August 1945 war der Verf. entschlossen, einer Änderung der politischen Führung des Council nicht zuzustimmen und lieber auszutreten. Dies war auch dem kommunistischen Sprecher Schreiner klar. Anläßlich einer Besprechung bezeichnete er eine solche Handlungsweise als „politische Atombombe".

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

East Hampton, Post Box 888
L. J. N. Y.

Lieber Herr Bärwald!

Besten Dank für Ihren Brief und Entwurf. Leider ist es mir aus den gleichen Gründen, die ich das letzte Mal an Boenheim[15] schrieb, unmöglich, vor Ende September zu kommen. Es ist dieses Mal eine Frage „of to be or not to be" für mich, daß ich weiter arbeite, nicht aber für den Council, daß ich dabei bin.

Wie ich höre, hat sich die Absendung des Briefes an die Berliner Herren durch Bedenken der Hagen-Gruppe verzögert. Es scheinen die gleichen Bedenken zu sein, die ich in meinem ersten Brief geäußert habe, die mich aber nicht gehindert haben, dem einstimmig gefaßten Beschluß nachträglich zuzustimmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen ließen, was daraus geworden ist. Ich würde sehr dafür sein, daß wir sobald als möglich auch mit anderen Gruppen, z. B. in Frankfurt, Hamburg, Köln in Verbindung treten.

Und nun Ihr Entwurf: Ich bin der Meinung, daß, wenn wir jetzt nichts sagen, nachdem sogar Churchill in halber Selbstdesavouierung deutlich geredet hat, wir uns nicht nur lächerlich, sondern auch verächtlich machen. Ich habe in Briefen an Boenheim und Aufhäuser – unter dem Strich – bemerkt, daß ich Potsdam für das Ende Deutschlands als „Reich" halte. Nun weiß ich, daß nichts in der Geschichte endgültig ist, und würde es darum nicht für sinnlos halten, wenn wir mit einem kräftigen Statement unseren Gedanken Ausdruck geben. (Die Alternative wäre Auflösung.)

Die Gründe für meine Auffassung sind zum Teil in Ihrem Entwurf deutlich gemacht. (Ich wurde in ihr sehr befestigt, als mir gestern ein Emigrant, der viel mit der Amerikanischen Regierung gearbeitet hat und dem angeboten war, als adviser im Control Council für Deutschland zu arbeiten, es abgelehnt hat, „weil er nicht an der Liquidierung Deutschlands beteiligt sein wolle".) Es fehlen aber noch einige Punkte: Die Evakuierung der 10 Millionen, auf die Churchill Bezug genommen hat, und die sich in trostlosem Elend im übrigen Deutschland, meistens in der Russischen Zone, befinden; die radikale Annahme des Morgenthauplans, der sich als höchst lebendig erwiesen hat; der Gedanke, der in der Potsdamer Deklaration ausgesprochen ist, daß irgend einmal eine deutsche demokratische Regierung diesen Selbstliquidierungsfrieden unterschreiben soll. Wenn wir vom deutschen Standpunkt schreiben sollen, so müssen wir das alles sagen. Wir haben es nicht nötig, an irgend einem Punkt hinter Churchill zurückzubleiben. Und die Association muß es gleichfalls sagen.

Die einzige Frage, die ich stellen würde, ist die: Hat es, welthistorisch gesehen, noch einen Sinn, vom Standpunkt Deutschlands aus zu sprechen? (Sicherlich kann man humanitär für 50 Millionen Deutsche und ihr Lebensminimum reden, aber das ist kein politisches Reden.) Das Vordringen der Slaven bis zur Oder hat die 1000jährige

[15] Der von Tillich erwähnte Boenheim war Arzt und früher in leitender Stellung an einem Krankenhaus in Berlin tätig gewesen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geschichte der deutschen Ostsiedlung rückgängig gemacht, die Reagrarisierung hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer wirtschaftlichen und politischen Existenz unterminiert. Der deutsche Protestantismus ist mit all den kulturellen Kräften, die er produciert hat – übertroffen höchstens durch Württemberg – ausgerottet. Im Westen aber hat sich die angelsächsische Weltherrschaft auf lange Zeit hinaus unangreifbar etabliert. Vom Zeitalter einer neuen Dèmokratie zu reden ist selbst „with the tongue in the cheek" unmöglich. Verstehen wir unter Demokratie was die Russen darunter verstehen, so hört sie mit den Grenzen der russischen Besetzung auf. Verstehen wir unter Demokratie, was die Amerikaner darunter verstehen, so ist es die Herrschaft der Verwalter der Atombombe und ihrer Nachfolger, zur Aufrechterhaltung des Monopolkapitalismus. Die Franzosen haben das begriffen, wie es ihre Reaktion auf die Atombombe zeigt. Wir sollten uns auch klar über die Welt sein, wie sie seit Juli 1945 aussieht, und die fast nichts mehr mit der Welt zu tun hat, in die wir geboren sind.

Ich habe in Ihrem Text einiges Stilistische angestrichen, einige Wünsche, etwas hinzuzufügen ausgedrückt und mich gegen die Ideologie des „Zeitalters einer neuen Demokratie" gewendet. Die grundsätzlichen Ausführungen dieses Briefes sollen nicht von einer Erklärung zurückhalten. Man kann das moralisch Richtige auch sagen, wenn es politisch nicht mehr aktuell ist. Aber ich wollte, daß die Mitglieder des Councils wissen, was ihr Chairman a) über Potsdam, b) über die weltgeschichtliche Situation denkt. Darum bitte ich Sie, dieses vorzulesen.

Mit herzlichem Gruß Ihnen und den übrigen Mitgliedern

Ihr
gez. P. Tillich

Dokument 2

East Hampton, L. J. N. Y. Sunday
Postbox 888

Lieber Herr Bärwald!

„O mein prophetisches Gemüt", sagt Hamlet – und ich mit ihm. Kaum hatte ich den Brief an Sie eingesteckt, als ich daran dachte, daß der Satz über die „Unvorbereitetheit" nicht klar in der Beziehung war, in der ich ihn *allein* meinte, nämlich in Bezug auf die Debatten über die Zukunft des Councils an sich. Ich wußte genau, daß die Potsdamer Erklärung genügend durchdebattiert war; und wie ich höre, haben Sie inzwischen auch mit Aufhäuser gesprochen, und – wie mir Hagen weiter sagte, kann Budzislawski nicht vor Oktober erwartet werden. Nachdem Sie mir nun auch – bevor Ihr Brief kam – im Traume leise vorwurfsvoll erschienen sind, fühle ich mich sehr beunruhigt über den Gedanken, Ihnen den Eindruck einer Kritik meinerseits erweckt zu haben. *Davon war natürlich keine Rede*[16]. Ich hatte nur einen sachlichen und einen

[16] Im Original unterstrichen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

persönlichen Grund: Den sachlichen, daß wir, nachdem im Juni eine allgemeine Auflösungstendenz fühlbar war und wir *dar*über[17] im September uns klar werden sollten, dies nun im Zusammenhang mit Potsdam debattiert werden sollte; und einen persönlichen, daß am Sonnabend alle diese Probleme aufgetaucht wären, und ich in einem Zustand des Councils, der meine Anwesenheit unbedingt erfordert hätte, wieder hätte zurückfahren müssen. Vielleicht ist das eine Selbstüberschätzung, aber ich weiß, daß man mich für den am meisten „Neutralen" hält und es mir darum vielleicht möglich gewesen wäre, eine schädliche Katastrophe zu verhindern. Jedenfalls fühlte ich *die Pflicht, in einer akuten Krise da zu sein*[18]. Und das ist vor dem 20-ten nicht möglich.

Ich glaube, daß wir über die Chairman-ship in den 1½ Wochen, die noch zu decken sind, nicht viel zu sagen brauchen. Ich wäre Ihnen natürlich dankbar, wenn Sie es bis zum 20-ten weiter führten, wenigstens dem Büro gegenüber, im Falle eiliger Unterschriften. Wenn nicht, müßte das Büro Unaufschiebbares an mich schicken. Ich bitte Sie nur, daß Sie es so oder so im Büro veranlassen.

Die Einladung zum 20-ten bis 22-ten will ich von hier machen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Fragen „Erklärung" und „unmittelbare Zukunft des Councils" zusammengehören. Ich glaube, daß jede Anti-Potsdam-Erklärung, die für mich genau so „conditio sine qua non" ist wie für Sie, *mehr*[19] Gewicht hat, wenn sie im Rahmen einer Erklärung über die Absichten des Councils erscheint. Jedermann fragt sich, ob wir uns nun auflösen. Wenn ja, müssen wir kräftig sagen, warum, wenn nein, ebenfalls. Ich bitte darum nur, daß in den Referaten, die wir in der ersten Sitzung geben müssen, *zwei*[20] Punkte erscheinen, die Kritik an Potsdam und die nächste Zukunft des Councils. Und da dieser zweite Punkt von möglichst vielen Seiten beleuchtet werden muß, will ich außer Schreiner und Sie, noch Hagen, Aufhäuser und Hausmann bitten, kurz ihre Meinung zu sagen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Auffassung einverstanden sind. Sachlich differieren wir beide wohl nur darin, daß ich skeptischer über die Fortführung des Councils in der gegenwärtigen Form bin als Sie. Aber ich bin überzeugbar, und möchte einfach die Argumente hören und die Stimmung fühlen.

Ich bin darum auch nicht dafür, daß am Donnerstag schon abgestimmt wird (falls über den Council gesprochen wird, sonst natürlich), daß am Sonnabend Nachmittag der Ausschuß die Erklärung berät, und am Sonnabend Abend darüber abgestimmt wird.

Zu meinem Brief nur noch eins: Ich hatte durchaus mit der Ablehnung meines Vertagungsantrags gerechnet und mit Furcht und Zittern darauf gewartet. Er war ja nur als Bitte, nicht als Forderung gemeint.

Sehr herzlich
Ihr
gez. P. Tillich

---

[17] Im Original unterstrichen.
[18] Im Original unterstrichen.
[19] Im Original unterstrichen.
[20] Im Original unterstrichen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Council for a Democratic Germany
8 East 41st Street
New York 17, NY

Entwurf einer Erklärung von Professor Tillich für die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses

Nach der Beendigung des Krieges an beiden Fronten, nach der Potsdamer Konferenz der großen Mächte und den Anfängen der gemeinsamen Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten hat der „Council for a Democratic Germany" in New York zu der neuen Situation Stellung genommen und ist zu folgender Auffassung über seine künftigen Aufgaben und die Voraussetzungen ihrer Durchführung gekommen:

1.) Der Council steht nach wie vor zu den Prinzipien, auf die er laut seiner Erklärung vom Mai 1944 gegründet ist. Er betont aufs neue seine Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die einzige Garantie des Weltfriedens und des Wiederaufbaus Europas und Deutschlands bietet. Er hat mit Genugtuung festgestellt, daß sein Prinzip der Koalition aller antifaschistischen Richtungen nicht nur für die meisten europäischen Nationen, sondern auch für die Anfänge selbständiger politischer Gruppierungen innerhalb Deutschlands maßgebend geworden ist.

2.) Wir wissen, daß das Schicksal, das Deutschland getroffen hat, die Folge seiner Unwilligkeit und – trotz heroischer Versuche einzelner Gruppen – Unfähigkeit ist, eine der verbrecherischsten und unheilvollsten Tyranneien aller Zeiten von sich abzuschütteln. Das Elend, unter dem zur Zeit Millionen Deutsche leiden, ist begründet in dem Elend, das die Deutschen vorher über andere Völker gebracht haben. Kein Deutscher sollte die Gerechtigkeit dieses Geschehens in Zweifel ziehen.

3.) Es ist unsere Hoffnung, daß es möglich sein wird, ein lebensfähiges demokratisches Deutschland in die Kulturgemeinschaft der europäischen Völker und in die Zusammenarbeit der Menschheit als Ganzes zurückzuführen. Dabei mitzuhelfen ist das ursprüngliche und gegenwärtige Ziel des Councils. Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß dieses Ziel nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern ebenso sehr im Interesse des europäischen Wiederaufbaus und der Organisation der Welt liegt. Die Erreichung dieses Zieles muß das letzte Kriterium aller Maßnahmen gegenüber Deutschland sein.

4.) Der „Council for a Democratic Germany" findet in den Potsdamer Beschlüssen und ihrer Durchführung Punkte, die von diesem Kriterium aus zu begrüßen sind. Er denkt dabei an die Ermutigung politischer Arbeit deutscher antifaschistischer Gruppen, an die Vorbereitung lokaler demokratischer Wahlen, an die Wiederherstellung der Gewerkschaften, an die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und an die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen jenseits der Zoneneinteilung. Er denkt ferner an die Fortschritte in der Denazifizierung Deutschlands, an den Beginn der Pro-

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zesse gegen die Kriegsverbrecher und die weite Fassung dieses Begriffs, an die Aufhebung des Fraternisierungsverbotes und die Wiedereröffnung der Schulen und vieler kultureller Institute.

5.) Wir sind, auf der anderen Seite, mit einem großen Teil der öffentlichen Meinungen in den alliierten Ländern darüber einig, daß die Potsdamer Beschlüsse und der gegenwärtige Zustand des deutschen Volkes die Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands nahezu unmöglich machen. Das gilt in erster Linie von den wirtschaftlichen Entscheidungen, die Deutschland fast eines Drittels seiner landwirtschaftlichen Basis berauben, den unzerstörten Rest seiner Industrie teils aus Deutschland entfernen, teils lahmlegen, teils an private Interessenten in alliierten Ländern übergeben, und zugleich dem um ein Viertel seines Gebietes geschmälerten Deutschland über 10 Millionen neuer Bewohner zuführen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahmen gehen weit über eine Herabdrückung des deutschen Lebensniveaus bis zum äußersten Minimum hinaus. Sie bedeuten entweder das Aussterben von erheblichen Teilen des deutschen Volkes oder die Notwendigkeit seiner Ernährung von außen auf unbegrenzte Zeit, beides im Widerspruch zu der Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen Deutschlands. Im Widerspruch zu der Entwicklung eines demokratischen Geistes in Deutschland stehen ferner die Methoden der Evakuierung, der Deportation und der Zwangsarbeit, sowie die unklare und oft sehr wohlwollende Stellungnahme der Besatzungsbehörden zu früheren Nazis und ihren politischen Verbündeten. Der Council hofft, daß die sachlichen Notwendigkeiten zu einer Abänderung mancher der genannten Beschlüsse und Maßnahmen führen werden – wozu sie zum Teil schon geführt haben.

6.) Auf Grund dieser Überzeugung ist der Council entschlossen, seine Arbeit im Sinne der genannten Prinzipien fortzusetzen. Er sieht seine Aufgabe in einer doppelten Richtung:

Er bemüht sich um eine enge, möglichst auch persönliche Verbindung mit denjenigen Gruppen in Deutschland, die eine Koalition aller antifaschistischen Kräfte darstellen, um sie über die Vorgänge und Stimmungen in der westlichen Hemisphäre zu orientieren und ihnen, wo es möglich ist, ideelle und materielle Hilfe zukommen zu lassen. Der Council versucht gleichzeitig, Informationen, die er aus Deutschland sowie den übrigen Ländern, über die deutsche Situation erhält, zu sammeln und der amerikanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er will eine Brücke sein zwischen denjenigen Kreisen in Amerika, die dem Wiederaufbau eines demokratischen Deutschlands sympathisch gegenüberstehen, und den Kräften, die diesen Aufbau in Deutschland selbst tragen.

Dokument 4

Auszug aus Äußerungen Friedrich Baerwalds in der Council-Sitzung vom 20. 9. 1945:

Die Potsdamer Entschlüsse sind am 2. August 1945 veröffentlicht worden. Die Vollsitzung des Council, die am darauffolgenden Tag stattfand, konnte sich mit diesen Beschlüssen naturgemäß nicht endgültig befassen. Es war notwendig, aufmerksam die

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erläuterungen und Pressebesprechungen zu verfolgen, bevor man zu einem sachlich und politisch bekundeten Urteil über die Tragweite von Potsdam gelangen konnte.

Es sind seit der letzten Vollsitzung 5 Wochen verstrichen. In dieser Zeit ist eine Fülle von Material über Potsdam bekanntgeworden und eingehende Presse-Äußerungen liegen vor. In einer Übersicht über die Haltung der amerikanischen Presse, die Dr. Hausmann in der Staatszeitung gegeben hat, kommt klar zum Ausdruck, daß gegen die wirtschaftlichen und territorialen Regelungen von Potsdam die schwersten Bedenken in den weitesten und politisch ungleichartigen Kreisen geäußert werden. In einer Unterhausdebatte kamen ähnliche Gesichtspunkte zum Ausdruck und es wurde darauf hingewiesen, daß es sich – zumindest in der Frage der Grenzziehung im Osten – nur um eine vorläufige Regelung handelt.

Nächste Woche treten in London die Außenminister der fünf Hauptmächte zusammen, um endgültige Regelungen vorzubereiten. Bisher hat der Council zu den Potsdamer Beschlüssen geschwiegen. Am Anfang war dieses Schweigen berechtigt, weil hastige Stellungnahmen wie sie seinerzeit zu den Yalta-Beschlüssen erfolgten, von uns vermieden werden müssen. Setzen wir jedoch jetzt dieses Schweigen fort, so kann daraus nur ein Schluß gezogen werden: Daß wir uns den Potsdamer Beschlüssen vorbehaltlos anschließen und der Auffassung sind, daß sie mit der Einstellung zu Deutschland vereinbar sind, die bisher zumindesten die Grundlage unserer Koalition gebildet hat.

Ich will ganz klar herausstellen, daß solche Rückschlüsse für mich völlig untragbar sind. Ich halte die Potsdamer Beschlüsse nicht nur für ein Verhängnis für die breiten Massen des deutschen Volkes, die schon unter Hitler so viel gelitten haben. Darüber hinaus sind sie auch ein schwerer weltpolitischer Fehler, der früher oder später verbessert werden muß, soll nicht ganz Europa und damit die politische Weltordnung überhaupt dauernd in einem Zustand der Depressionen und Unsicherheit gehalten werden ...

Jahrgang 28 (1980), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte